

UNO fordert Iran zur Achtung der Menschenrechte auf

Abgeschwächte Resolution vom UNO-Ausschuß einstimmig angenommen

New York (AP). Die Vereinten Nationen haben Iran aufgefordert, alle Menschenrechtsverletzungen umgehend einzustellen. Eine entsprechende Resolution wurde am späten Dienstagabend vom UNO-Sonderausschuß für Menschenrechte einstimmig angenommen. Allerdings verabschiedete das Gremium eine im Vergleich zum ersten Entwurf abgeschwächte Fassung. Im Verlauf der vorangegangenen Beratungen hatte es Berichte gegeben, daß Iran auf die Vertreter Deutschlands und Italiens massiven Druck mit dem Ziel ausgeübt haben soll, den Verzicht auf die Entschließung zu erreichen, doch hatte dies offenbar nichts mit dem Kompromiß zu tun.

In der Resolution kommt die Besorgnis über Erkenntnisse der UNO zum Ausdruck, wonach in Iran immer noch gegen fundamentale Menschenrechte verstoßen wird. Der schärfer formulierte Entschließungsantrag war UNO-Kreisen zufolge zurückgezogen worden, weil die Mitglieder des Ausschusses weiter sicherstellen wollten, daß Vertreter des Roten Kreuzes ins Land einreisen dürfen und Teheran mit der UNO in Menschenrechtsfragen kooperiert. In dem radikaleren Entwurf war die Regierung in Teheran unter anderem wegen Hinrichtungen und Folter verurteilt worden. Auch Iran selbst stimmte der moderateren Resolution zu, die zur Abstimmung an die Vollversammlung weitergeleitet wurde.

Die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International teilte unterdessen mit, in Iran seien in den vergangenen drei Jahren 5000 Menschen hingerichtet worden. Viele von ihnen seien auf

Grund ihrer politischen Anschauungen getötet worden. Mitglieder der Opposition seien gefoltert worden, nur weil sie einen Brief unterzeichnet hätten, der sich kritisch mit der Menschenrechtslage in ihrem Land auseinandergesetzt habe.

Tages-
spiegel
6.12.90

AA000069

Irans Führung Mord angelastet

UN-Vertreter der Volksmudschahedin in Schweiz erschossen

GENF/BAGDAD, 25. April (dpa/AP/FR). Schwere Vorwürfe gegen die Regierung Irans und ihren Botschafter bei den Vereinten Nationen in Genf, Sirus Nasser, hat am Mittwoch die Führung der oppositionellen iranischen Volksmudschahedin in Bagdad erhoben. Nasser habe den Mord am Vertreter der Volksmudschahedin in der Schweiz, Kazem Radschawi, angeleitet, erklärte dessen Bruder Massud Radschawi, der Führer des iranischen Widerstandes. Auftraggeber sei Irans Regierungschef Rafsandschani.

Der iranische Exilpolitiker Kazem Radschawi war am Dienstag bei Coppet im Schweizer Kanton Waadt auf der Straße erschossen worden. Wie die Polizei mitteilte, war der bei Genf wohnende Kazem Radschawi (56) in seinem Auto am Mittag von einem anderen Wagen zum Halten gezwungen worden. Der Beifahrer dieses Wagens stieg aus und gab mehrere Schüsse auf den Iraner ab. Die Fahndung

blieb bis Mittwochabend ohne Erfolg. In einer Pressemitteilung des Büros der Volksmudschahedin in Bagdad erklärte Massud Radschawi, daß sein Bruder wegen seines Eintretens für die Menschenrechte von „Sirus Nasser und den ihn begleitenden Terroristen“ während der Februar-Sitzung der UN-Menschenrechtskommission in Genf „mehrmals mit dem Tode bedroht“ worden sei. Dafür gebe es mehrere Zeugen.

Massud Radschawi bezeichnete die Ermordung seines Bruders „als eine Folge des abscheulichen und verräterischen Berichtes des UN-Sonderbeauftragten Galindo Pohl über die Menschenrechte in Iran“. Er forderte von den UN, „daß der manipulierte Galindo-Pohl-Bericht für ungültig erklärt und ein neu ernannter Sonderbeauftragter in den Iran entsandt wird, um die Folterzentren Khomeinys in Begleitung von Vertretern und Übersetzern des Widerstandes zu besichtigen“.

D/R/S

FR 26.9.
90

AA000070